

Deutliche Fingerabdrücke

Humanitäre Katastrophe: Der Krieg im Jemen ist auf sämtlichen Ebenen ohne „westliche“ Unterstützung nicht führbar. **Von Jakob Reimann**

Im Jemen wütet seit siebeneinhalb Jahren ein Krieg, der laut UNO die „schlimmste humanitäre Krise der Welt“ hervorgebracht hat und dem über 377.000 Menschen zum Opfer gefallen sind – und die Fingerabdrücke des Westens sind überall. Im März 2015 überfiel eine Koalition unter Führung Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) das ärmste Land der arabischen Welt, um den Aufstand der Ansarollah („Hutis“) niederzuschlagen, die zuvor Teile des Landes erobert und den unrechtmäßigen „Präsidenten“ Abed Rabbo Mansur Hadi ins Exil getrieben hatten.

Ohne die tatkräftige Unterstützung westlicher Regierungen wäre die Koalition außerstande gewesen, diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg fortzuführen. Dieser Support umfasst neben Waffenlieferungen auch direkte militärische Unterstützung oder den Beistand auf dem diplomatischen Parkett. Die mit Abstand größte Unterstützerin ist hierbei die US-Regierung.

Im Iran fegte 1979 eine zunächst säkulare Revolution die Monarchie hinfort. Die USA verhängten die härtesten Sanktionen aller Zeiten, nur überboten von den Sanktionen gegen Russland 2022. US-Präsident Barack Obama setzte den Großteil seines außenpolitischen Kapitals ein, um diesen jahrzehntelangen Wirtschaftskrieg abzumildern, was 2015 in den Abschluss des Atomabkommens mündete. Die meisten Sanktionen sollten gestrichen werden, während Teheran im Gegenzug sein Atomprogramm unter Aufsicht der UNO stellte. Regionale „Partner“ der USA waren erzürnt über diese Entspannungspolitik – neben Israel allen voran Saudi-Arabien und die VAE. Die beiden Golfstaaten forderten als „Gegenleistung“ für die Duldung dieser Politik von Obama grünes Licht für den Angriffskrieg gegen den Jemen. Die jemenitische Bevölkerung wurde so zum Bauernopfer auf auf Obamas geopolitischem Schachbrett.

Dessen Nachfolger Donald Trump stieg im Mai 2018 unilateral aus dem „Iran-Deal“ aus und wurde gleichsam zum wichtigsten Lobbyisten der Golfstaaten in Washington. Nach Kräften unterstützte er Riad und Abu Dhabi im Jemen-Krieg mit Waffenlieferungen, ließ die Ansarollah auf die offizielle US-Terrorliste setzen, und wehrte jede Kritik an beiden Königshäusern ab. Und während Joseph Biden noch im Wahlkampf versicherte, er werde den Kronprinzen zum „Aussätzigen“ machen, gab es in diesem Juli im saudischen Dschidda in Form des freundschaftlichen Faustschlags mit dem saudischen Kronprinzen die langersehnte Absolution aus Washington. Wie weitreichend die westliche Abschirmung der Kriegskoalition vor internationaler Kritik ist, zeigte sich im Juni 2018. Sie startete damals eine Großoffensive zur Eroberung der jemenitischen Hafenstadt Hodeida, durch die vor dem Krieg über 80 Prozent aller Lebensmittel ins Land gelangten. Eine von Schweden im UN-Sicherheitsrat eingereichte humanitäre Resolution, die das Ende der Kampfhandlungen und das Hineinlassen von Hilfslieferungen forderte, wurde durch die Vetos aus Washington und London beerdigt.

Westliche Militärs unterstützen die Kriegskoalition auch direkt, etwa durch die Entsendung von US-Spezialeinheiten, die gemeinsam mit saudischen Truppen gegen die Ansarollah kämpften. Auch London entsandte eine unbekannte Anzahl Soldaten in den Jemen. Darüber hinaus waren rund 30 britische Soldaten auf dem Al-Ghaydah-Flughafen im Osten des Jemen stationiert, um dort saudische Truppen auszubilden und Logistik bereitzustellen; laut der Organisation Human Rights Watch betreibt Saudi-Arabien auf diesem Flughafen ein Foltergefängnis. Ohne die britischen BAE Systems, den siebtgrößten Rüstungskonzern der Welt, wäre die saudische Luftwaffe, die die zivile Infrastruktur des Jemen in Schutt und Asche legt, buchstäblich inoperabel. Rund 7000 Briten sind in den Militärbasen in Saudi-Arabien für Bewaffnung und Instandhaltung der saudischen „Tornado“-Kampffjets verantwortlich. Ein BAE-Angestellter erklärte im April 2019 gegenüber dem britischen Sender *Channel 4*: „Wenn wir nicht da wären, würde in sieben bis 14 Tagen kein einziger Jet mehr am Himmel stehen.“ Darüber hinaus waren seit Beginn des Krieges US-amerikanische und britische Militärs zur Beratung in Riad und Abu Dhabi vor Ort, um bei der Auswahl der Ziele im Jemen behilflich zu sein.

Auch wären in den ersten Jahren ohne die Luftbetankung der U.S. Air Force die Bombardements der saudischen Luftwaffe über die Weiten der arabischen Halbinsel hinweg unmöglich gewesen. London und Washington sind keine bloßen Unterstützer der Kriegskoalition, sondern direkte Parteien in diesem illegalen Angriffskrieg.

Dazu kommen die Waffenlieferungen. Allein 2015 waren es 35 Länder, die Waffen an die acht Koalitionäre lieferten und so die leeren Arsenale auffüllten. Nahezu alle dieser Länder gehörten der westlichen Staatengemeinschaft an; das einzige Land mit signifikanten Lieferungen, das weder NATO- noch EU-Mitglied ist, war Russland. Moskau beliefert marginal auch Saudi-Arabien und die VAE, ist aber der größte Ausrüster der ägyptischen Militärdiktatur, deren Seestreitkräfte maßgeblich an der Durchsetzung der Seeblockade gegen den Jemen beteiligt sind. Auf Platz zwei liegt Frankreich mit 12 Prozent aller Lieferungen an die Koalition. Mit weitem Abstand liegen die USA auf Platz eins – 55,8 Prozent aller Waffenlieferungen an die acht Koalitionäre während der Kriegsjahre entfallen auf die USA. Deutschland liegt im Ranking mit 4,4 Prozent noch vor Großbritannien auf Platz fünf.

Angela Merkel hat in ihren 16 Jahren im Kanzleramt Waffenverkäufe im Wert von 99 Milliarden Euro an 165 Länder genehmigt, wobei mehr als 20 Milliarden hiervon entgegen aller Beteuerung an die Länder gingen, die direkt am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die Ampelkoalition hat zuletzt wieder Lieferungen an Kuwait und Sudan genehmigt.